

Geschichte und Ohnmacht

Massenmobilisierung und aktuelle Formen des Antikapitalismus

Der Zeitraum seit den frühen siebziger Jahren ist bekanntlich von einem tiefgreifenden historischen Strukturwandel geprägt, der häufig als Übergang vom Fordismus zum Postfordismus bezeichnet wird (oder besser als Übergang vom Fordismus über den Postfordismus zum neoliberalen globalen Kapitalismus) und die Mitte des 20. Jahrhunderts entstandene staatszentrierte Ordnung unterminiert hat. Diese Transformation des gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Lebens ist ebenso einschneidend wie der frühere Übergang vom liberalen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts in die staatsinterventionistischen, bürokratischen Formen des 20. Jahrhunderts.

Weil auch der dramatische Zusammenbruch der Sowjetunion und des Kommunismus in Osteuropa sich im Zuge dieser Transformationen vollzog, wurden sie als Anzeichen für das Ende des Marxismus und der Marxschen kritischen Gesellschaftstheorie gedeutet. Zugleich haben die jüngeren historischen Transformationen jedoch die zentrale Bedeutung historischer Dynamik und übergreifender struktureller Veränderungen erneut erwiesen - die Problematik, die im Zentrum der Marxschen Kritik steht (und die genau jene ist, die den großen Theorien der postfordistischen Ära - denen von Foucault, Derrida und Habermas - entgleitet).

Rückt man diese Problematik in den Mittelpunkt, dann erscheint eine Reihe wichtiger Fragen in neuem Licht. So stellt sich etwa das Verhältnis der Demokratie zum Kapitalismus und zu seiner Negation, dem Kommunismus, anders dar, wenn es auf die übergreifenden historischen Transformationen der letzten dreißig Jahre bezogen wird; gleiches gilt auf einer allgemeineren Ebene für das Verhältnis von historischer Kontingenz (und somit Politik) und Notwendigkeit.

Der jüngere Strukturwandel ist die Umkehrung einer Entwicklung, die als Logik eines zunehmenden Staatszentrismus erschien. Folglich werden lineare Vorstellungen historischer Entwicklung, ob marxistisch oder weberianisch, durch diesen Strukturwandel in Frage gestellt. Die Feststellung umfassender historischer Muster - wie der Aufstieg des Fordismus aus der Krise des liberalen Kapitalismus des 19. Jahr-

hunderts und der spätere Niedergang der fordistischen Synthese - zeigt zudem, daß das Ausmaß der Kontingenz im Kapitalismus beschränkt ist. Aus der Sphäre der Politik allein, beispielsweise den Unterschieden zwischen konservativen und sozialdemokratischen Regierungen, läßt sich nicht erklären, warum unabhängig von der jeweiligen Regierungspartei die Institutionen des Wohlfahrtsstaats überall im Westen in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren gestärkt und ausgebaut wurden, nur um in den darauffolgenden Jahrzehnten zurückgestutzt zu werden. Die Unterschiede, die es dabei zweifellos gab, waren graduelle, nicht qualitative.

Die Existenz solcher allgemeinen Muster, die meines Erachtens in letzter Instanz in der Dynamik des Kapitals gründen, wurde in den Diskussionen über Demokratie ebenso weitgehend übersehen wie in den Debatten über die Vorzüge gesellschaftlicher Planung gegenüber der Marktvermittlung. Diese Muster verweisen auf einen bestimmten Grad historischer Notwendigkeit. Indem Marx sie aus den Kategorien seiner Kritik entwickelte, bestimmte er sie als historisch spezifische Formen von Heteronomie und deutete daraufhin, daß die Überwindung des Kapitals nicht allein Ausbeutung und strukturelle Ungleichheit umfaßt, sondern auch bestimmte strukturelle Einschränkungen des Handeins, wodurch sich das Reich historischer Kontingenz und somit der Horizont der Politik erweitern.

Soweit wir von 'Indeterminiertheit' reden wollen, sollten wir darunter ein Ziel sozialen und politischen Handelns verstehen und nicht eine ontologische Eigenschaft des gesellschaftlichen Lebens. Positionen, die dies versuchen, betonen zwar den Zusammenhang von Freiheit und Kontingenz, übersehen dabei jedoch, daß die Kontingenz durch das Kapital als Form gesellschaftlichen Lebens eingeschränkt wird. Innerhalb des hier dargestellten theoretischen Rahmens läßt sich der Begriff 'Kommunismus' als Bezeichnung der Indeterminiertheit wiedergewinnen, die mit der Überwindung der kapitalistischen Zwänge möglich wird; Sozialdemokratie bezeichnet die Versuche, Ungleichheit im Rahmen der Notwendigkeit zu mildern, die das Kapital stiftet. Der Kommunismus, in diesem Sinne als Unbestimmtheit verstanden, kann jedoch nur als historisch bestimmte Möglichkeit entstehen, die aus den inneren Spannungen des Kapitals erwächst, und nicht als 'Tigersprung' aus der Geschichte.

Das zweite große Thema, das die jüngeren historischen Transformationen aufwerfen, ist der Internationalismus. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges haben die Möglichkeit eines erneuerten, global kritischen Internationalismus eröffnet; im Gegensatz zu jenen Formen des 'Internationalismus' aus der Zeit des Kalten Krieges, deren Kritik an einem der Lager zugleich als Legitimationsideologie für andere Lager diente. Diese waren jedoch durch und durch Teil eines größeren Ganzen, das der Gegenstand der Kritik hätte sein sollen.

Dieser Aufsatz stellt den Beginn einer Auseinandersetzung mit diesem zweiten großen Thema dar, dem Zusammenhang von historischen Veränderungen, Internationalismus und den gegenwärtigen politischen Mobilisierungen. Trotz der zentralen Bedeutung der Marxschen Analyse für einen Begriff der heutigen Welt besteht eine tiefe Kluft zwischen seiner kritischen Theorie des Kapitalismus und den meisten jüngeren antihegemonialen Massenmobilisierungen. Ich möchte einige höchst vorläufige Reflexionen über die Sackgasse vorstellen, in die viele antihegemoniale Bewegungen meines Erachtens heute geraten sind, unter kritischer Berücksichtigung verschiedener Formen politischer Gewalt.

Diese Sackgasse zeigte sich auf dramatische Weise in den Reaktionen vieler Linker - in jedem Fall in den USA, vielleicht auch in Europa - auf den Selbstmordanschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 und am Charakter der Massenmobilisierungen gegen den Irak-Krieg. In beiden Fällen war die Linke mit etwas konfrontiert, das sie als Dilemma hätte begreifen müssen - auf einmal befand sich eine globale imperiale Macht im Konflikt mit einer zutiefst reaktionären Bewegung der Gegenglobalisierung, im anderen Fall im Konflikt mit einem brutalen faschistoiden Regime. Doch in keinem der beiden Fälle problematisierte die Linke (wenigstens in den USA) dieses Dilemma und versuchte, diese Konstellation im Hinblick auf etwas zu analysieren, das in der heutigen Welt außerordentlich schwierig geworden ist - die Formulierung einer Kritik in emanzipatorischer Absicht. Dies hätte erfordert, eine neue Form des Internationalismus zu entwickeln, die mit den Dualismen des Bezugsrahmens des Kalten Krieges bricht. Diese Dualismen legitimierten häufig die Politik und Struktur von Staaten als 'antiimperialistisch', die keinen Deut emanzipatorischer

waren als die zahlreichen autoritären und repressiven Regime, die von der amerikanischen Regierung gestützt wurden.

Anstatt mit einem solchen Rahmen zu brechen, hat sich ein Großteil der Linken jedoch in letzter Zeit auf genau diese früheren theoretischen Bezugsrahmen und politischen Positionen bezogen, deren zunehmend anachronistischer Charakter ein Schlaglicht auf die Schwierigkeiten wirft, heutzutage eine adäquate Kritik zu formulieren. Das Herzstück dieses Neo-Antiimperialismus bildet eine Konkretisierung des Abstrakten, eine Fetischisierung des globalen Kapitals in Gestalt der USA, oder, in manchen Spielarten, der USA und Israel. Selbstverständlich hat der unheilvolle, anmaßende Charakter der Bush-Administration diesen Prozeß nachhaltig befördert. Diese Weitsicht - in vieler Hinsicht die Neuformulierung einer Weitsicht vom Anfang des 20. Jahrhunderts, in der England und die Juden die Rolle der USA und Israels inne hatten - ist jedoch der Konstitution einer adäquaten antihegemonialen Politik äußerst abträglich. Verstärkt wird dieser wiedererwachte Manichäismus - der einigen Formen der Globalisierungskritik der neunziger Jahre entgegensteht, etwa der Bewegung gegen die Sweatshops - durch die Wiederkehr einer tiefen Konfusion über die Frage der politischen Gewalt, die bereits die Neue Linke zuzeiten plagte. Das Ergebnis ist eine Form von Opposition, die von den Schwierigkeiten zeugt, denen antihegemoniale Bewegungen in der postfordistischen Ära gegenüberstehen. Diese Form von Opposition ist der gegenwärtigen Welt unangemessen und kann in manchen Fällen als Legitimationsideologie für etwas dienen, das vor hundert Jahren als innerimperialistische Konkurrenz bezeichnet worden wäre.

Ich möchte dies ausführen, indem ich zunächst auf die Reaktionen vieler Linker (zumindest in den USA) auf die Anschläge vom 11. September eingehe. Am meisten verbreitet war das Argument, man müsse diese Aktion, so furchtbar sie auch sein möge, als Reaktion auf die amerikanische Politik verstehen, vor allem die Nahostpolitik. Es stimmt zweifellos, daß terroristische Gewalt politisch begriffen werden muß (und nicht einfach als irrationale Handlung), dennoch ist die Auffassung der Politik der Gewalt, die in solchen Positionen zum Ausdruck kommt, vollkommen falsch. Die Gewalt wird als *Reaktion* verstanden, nicht als *Aktion*. Die Politik, die hinter dieser Gewalt steht, wird kaum hinterfragt. Statt dessen wird die Gewalt als ein Reflex,

als *Antwort* erklärt (und gelegentlich implizit gerechtfertigt). Dieses Schema kennt nur einen Akteur auf der Welt: die USA.

Diese Argumentation betont die Mißstände derer, die solche Aktionen durchföhren, ohne den Deutungsrahmen zu hinterfragen, in dem diese Mißstände interpretiert werden. Die Aktionen, die aus diesen Deutungen folgen, werden kurzerhand als - vielleicht bedauernswerter - Ausdruck von Wut verstanden. Dabei wird weder **das Weltbild hinterfragt**, das diese Gewalt motiviert, noch eine kritische Analyse der Politik geleistet, die sich in der gezielten Gewalt gegen Zivilisten ausdrückt. Konsequenterweise mündet diese im Kern unpolitische Argumentation in der Apologie. Sie gibt sich wenig Mühe, das strategische Kalkül zu verstehen, das weniger von den Attentätern als ihren Hintermännern aufgestellt wird, und ignoriert das Problem der Ideologie. Es ist beispielsweise ein schwerwiegender Fehler, die Erfahrung von Mißständen, aus der sich eine Bewegung wie EI Qaida speist, in verkürzter Weise als unmittelbare Reaktion auf die amerikanische und israelische Politik zu interpretieren, wie es in den USA nach dem 11. September häufig der Fall war. Dabei werden einfach zu viele andere Aspekte des neuen Jihadismus ausgeblendet. Wenn etwa Osama bin Laden von dem Schlag spricht, der den Muslimen vor achtzig Jahren versetzt worden sei, bezieht er sich nicht auf die Gründung des Staates Israel, sondern die Abschaffung des Kalifats - und damit der vermeintlichen Einheit der muslimischen Welt - durch Atatürk im Jahre 1924, lang bevor die USA eine Rolle im Nahen Osten spielten und Israel gegründet wurde. Es gilt festzuhalten, daß bin Laden eher eine globale als eine lokale Sichtweise vertritt und darin eines der hervorstechendsten Merkmale des neuen Jihadismus liegt, was sich sowohl an den von ihm unterstützten Kämpfen zeigt (die er dadurch zu Ausdrucksformen ein und desselben Kampfes macht), als auch an der Ideologie, die ihn maßgeblich antreibt. Und einer der zentralen Aspekte des globalen Charakters dieser Ideologie ist der Antisemitismus.

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist im Hinblick auf Globalisierung und Antiglobalisierungsbewegung von entscheidender Bedeutung, selbst wenn dies aufgrund des Ausmaßes mißverstanden werden kann, in dem israelische Regierungen den Antisemitismusvorwurf als Legitimationsideologie benutzt haben, um jede ernst zu nehmende Kritik an der israelischen Politik zu diskreditieren. Es ist

sicherlich möglich, und wurde auch bereits geleistet, eine fundamentale Kritik an dieser Politik zu formulieren, die nicht antisemitisch ist. Gleichzeitig sollte Kritik an Israel nicht den Blick auf den weitverbreiteten virulenten Antisemitismus in der gegenwärtigen arabischen und muslimischen Welt versperren. Zudem werde ich versuchen zu zeigen, daß der Antisemitismus ein Problem für die Linke darstellt.

Nach dem 11. September wurde das Ausmaß offenbar, in dem antisemitische Motive in der arabischen Welt Verbreitung gefunden haben (auf das Wiederaufleben des Antisemitismus und impliziter Leugnung des Holocaust in Europa werde ich in diesem Aufsatz nicht eingehen). Diese Ideologie drückt sich unter anderem in der Vorstellung aus, nur die Juden hätten den Anschlag auf das World Trade Center organisieren können, und in der starken Verbreitung der *Protokolle der Weisen von Zion* in der arabischen Welt - die berüchtigte zaristische Fälschung, die vorgibt zu enthüllen, wie die Juden sich zur Weltherrschaft verschworen haben, und die von den Nazis und Henry Ford weit verbreitet wurde. Ausmaß und Intensität solcher Weltverschwömnngsvorstellungen zeigten sich kürzlich auf dramatische Weise an der **ägyptischen** Fernsehserie *Horseman Without a Horse* und der Verbreitung christlich-mittelalterlicher Ritualmordvorwürfe an die Adresse der Juden in den arabischen Medien.

Ohne einen Begriff des modernen Antisemitismus läßt sich diese Entwicklung nicht verstehen. Einerseits ist der moderne Antisemitismus eine Form des essentialisierenden Diskurses, der - wie alle diese Formen - gesellschaftliche und historische Phänomene in biologistischen oder kulturalistischen Begriffen essentialistisch deutet. Gleichzeitig unterscheidet er sich von anderen essentialistischen Diskursen durch seinen populistischen und scheinbar antihegemonialen Charakter. Er schreibt den Juden eine **außerordentliche** Macht zu, die im Unterschied zu der konkreten körperlichen bzw. sexuellen Macht, die dem Anderen im rassistischen Denken gewöhnlich zukommt, als abstrakt, universell und ungreifbar gilt. Das Zentrum des modernen Antisemitismus bildet die Vorstellung der ungeheuer mächtigen jüdischen Weltverschwörung. An anderer Stelle habe ich ausgeführt, wie das moderne antisemitische Weltbild die abstrakte Herrschaft des Kapitals - die die Menschen den Zwängen mysteriöser Kräfte unterwirft, die sie sich nicht erklären können - als Herrschaft des internationalen Judentums versteht. Der

Antisemitismus kann daher als antihegemonial erscheinen, und aus diesem Grund bezeichnete August Bebel ihn vor hundert Jahren als Sozialismus der dummen Kerle. Angesichts seiner späteren Entwicklung hätte man auch vom Antiimperialismus der dummen Kerle sprechen können. Gerade als fetischisierte Form oppositionellen Bewußtseins ist der Antisemitismus besonders gefährlich, weil er scheinbar antihegemonial ist - der Ausdruck einer Bewegung der kleinen Leute gegen die abstrakte Herrschaft.

Die neue Welle des Antisemitismus in der arabischen Welt möchte ich als fetischisierte, zutiefst reaktionäre Form von Antikapitalismus diskutieren. Es ist ein schwerwiegender Fehler, diese antisemitische Welle einfach als reflexhafte Reaktion auf die Politik der USA und Israel zu sehen. Diese empirizistische Reduktion wäre gleichbedeutend damit, den nationalsozialistischen Antisemitismus kurzerhand als Reaktion auf Versailles zu erklären. Die amerikanische und israelische Politik haben zwar zweifellos zu dieser neuen Welle des Antisemitismus beigetragen, gleichzeitig kommt ihnen in der Ideologie eine Bedeutung zu, die weit über ihre tatsächliche Rolle hinausgeht. Um diese Bedeutung zu verstehen, muß man sich den bereits erwähnten grundlegenden historischen Wandel seit den frühen siebziger Jahren ansehen, den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus.

Ein wichtiger Aspekt dieses Übergangs ist die wachsende Bedeutung supranationaler (im Unterschied zu internationalen) ökonomischer Netzwerke und Ströme, die von einem Niedergang nationaler Souveränität begleitet wird. Nationalstaatliche Strukturen sind, auch in den Metropolen, immer weniger in der Lage, ökonomische Prozesse erfolgreich zu steuern, wie der Niedergang des keynesianischen Wohlfahrtsstaats im Westen und der Zusammenbruch der bürokratischen Staaten im Osten gezeigt haben. Damit verbunden war eine zunehmende vertikale Differenzierung zwischen Armen und Reichen innerhalb aller Länder sowie zwischen Ländern und Regionen.

Der Zusammenbruch des Fordismus bedeutet das Ende der Phase einer staatlich gesteuerten nationalen Entwicklung - sei es auf Grundlage des kommunistischen, des sozialdemokratischen oder des etatistischen Modells, das in der Dritten Welt vorherrschend war. Daraus haben sich für viele Länder enorme Schwierigkeiten ergeben, aber

auch schwerwiegende theoretische Probleme für eine Sichtweise, die den Staat als Akteur der Veränderung und Entwicklung begreift.

Der Zusammenbruch der fordistischen Synthese, die sich seit der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts durchsetzen konnte, hat sich in den verschiedenen Teilen der Welt höchst unterschiedlich ausgewirkt. Die erfolgreiche Bewältigung der neuen Welle postfordistischer Globalisierung in Südostasien ist ebenso bekannt wie der katastrophale Niedergang des subsaharischen Afrika. Weniger bekannt ist der steile Abstieg der arabischen Welt, dessen dramatische Ausmaße kürzlich im UN-Weltentwicklungsbericht 2002 dargestellt wurden. So ist etwa das Pro-Kopf-Einkommen in der arabischen Welt in den letzten zwanzig Jahren beständig zurückgegangen und liegt heute nur knapp über dem Niveau des subsaharischen Afrika. Selbst in Saudi-Arabien beispielsweise ist das Bruttoinlandsprodukt von 24 000 Dollar pro Kopf in den späten siebziger Jahren auf 7 000 Dollar zu Beginn dieses Jahrhunderts gesunken.

Die Gründe für diesen Niedergang sind vielschichtig. Den Kontext bilden die grundlegenden Umstrukturierungen, von denen oben die Rede war - Umstrukturierungen, die mysteriös erscheinen und einen relativen Abstieg der arabischen Welt zur Folge hatten. Dieser Niedergang hat den arabischen Nationalismus und die mit ihm verbundenen autoritären staatlichen Strukturen untergraben, die sich als unfähig erwiesen, sich den globalen Transformationen anzupassen. Gleichzeitig waren fortschrittliche politische und soziale Bewegungen gegen den Status Quo im Nahen Osten aus einer Reihe von Gründen außerordentlich schwach oder wurden, wie im Irak, unterdrückt. Das Versagen arabischnationalistischer wie vermeintlich traditionell-monarchistischer Regime, die beide fortschrittliche Oppositionsbewegungen unterdrückt haben, hatte ein Vakuum zur Folge. Islamistische Bewegungen, die vorgeben, den von den Menschen erfahrenen Niedergang zu erklären, haben dieses Vakuum gefüllt.

Verstärkt wurde diese ideologische, reaktionäre Verarbeitungsweise der Krise der gesamten Region durch das Ausmaß, in dem arabische Regime den palästinensischen **Kampf** für nationale Selbstbestimmung seit Jahrzehnten als Blitzableiter funktionalisiert haben, um die verbreitete Wut und Unzufriedenheit von den gesellschaftlichen Problemen vor Ort abzulenken. (Noch einmal, um unnötige Mißverständnisse zu

venneiden: Die Feststellung, daß palästinensische Kämpfe funktionalisiert werden, bedeutet nicht per se, diese Kämpfe zu diskreditieren.) Allerdings hat die Tendenz, das Elend der arabischen Massen auf bössartige fremde Mächte zurückzuführen, mit dem jüngeren Abstieg der arabischen Welt stark zugenommen. Der ideologischen Rahmen, der zur Interpretation dieses Abstiegs bereit stand, wurde von Ideologen wie Sayyed Qutb von der Ägyptischen Bruderschaft annulliert, der die kapitalistische Moderne als Verschwörung von Juden (Freud, Marx, Durkheim) zur Zersetzung 'gesunder' Gesellschaften ablehnte. Israel stellte in seiner antisemitischen Vorstellungswelt lediglich den Brückenkopf einer weitaus mächtigeren, **bössartigen** Weltverschwörung dar. Diese Art von Ideologie wurde in den dreißiger und vierziger Jahren von der Nazi-Propaganda im Nahen Osten gefördert und erhielt nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 einen neuen Schub durch die während des Kalten Krieges ausgebildete Ideologie der Sowjetunion, in deren Kritik an Israel nun antisemitische Motive Einzug erhielten.

Ich plädiere also mit anderen Worten dafür, die Ausbreitung des Antisemitismus und antisemitischer Formen des Islamismus (etwa die Ägyptische Muslimbruderschaft und ihren palästinensischen Ableger, die Hamas) als Ausbreitung einer fetischisierten antikapitalistischen Ideologie zu begreifen, die von Israel und der israelischen Politik ausgelöst wird, aber auch, auf einer wesentlich grundlegenden Ebene, vom Niedergang der arabischen Welt im Zuge der tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, die der Übergang vom Fordismus in den neoliberalen globalen Kapitalismus mit sich bringt. Das Ergebnis ist eine populistische und zutiefst reaktionäre antihegemoniale Bewegung, die nicht zuletzt für jegliche Aussicht auf eine fortschrittliche Politik in der arabischen und muslimischen Welt eine Gefahr darstellt.

Anstatt diese reaktionäre Form des Widerstands auf eine Weise zu analysieren, die fortschrittlicheren Formen des Widerstands Unterstützung bieten könnte, haben viele westliche Linke sie jedoch entweder ignoriert oder als zwar bedauerliche, doch verständliche Reaktion auf die israelische Politik im Gazastreifen und der West-Bank rationalisiert. Diese apologetische Einstellung vieler Teile der amerikanischen und europäischen Linken hängt eng mit der fetischistischen Identifikation der USA mit dem globalen Kapital zusammen. Diese Tendenz, das Abstrakte (die Herrschaft des Kapitals) als etwas Konkretes (ameri-

kanische Hegemonie) zu fassen, ist meines Erachtens Ausdruck fundamentaler Hilflosigkeit auf begrifflicher wie politischer Ebene.

Lassen Sie mich dies anhand der weltweiten Massenmobilisierungen gegen den Krieg der USA im Irak ausführen und dabei auf einige Fragen politischer Gewalt eingehen. Auf den ersten Blick erscheinen diese Mobilisierungen als Neuauflage der breiten Antikriegsbewegung der sechziger Jahre. Dagegen möchte ich zeigen, daß es einige grundlegende Unterschiede gibt, die zudem die gegenwärtige Sackgasse der Linken erhellen könnten.

Die Antikriegsbewegungen in den sechziger Jahren wurden von Leuten angeführt, die sich bewußt waren, daß sie mit ihrer Opposition gegen den Krieg der USA die vietnamesischen Kommunisten unterstützten, die als Vertreter einer positiven gesellschaftlichen und politischen Veränderung galten. Ebenso verhielt es sich mit den Bewegungen gegen die US-Politik gegenüber dem kubanischen Regime, der sozialistischen Regierung Chiles in den frühen siebziger Jahren, den Sandinisten in Nicaragua in den achtziger Jahren und dem ANC in Südafrika. In jeder dieser Auseinandersetzungen galten die **USA** als politische Kraft, die einer positiven Veränderung entgegenstand. Entsprechend wurde der Widerstand gegen die USA als Unterstützung fortschrittlicher Alternativen verstanden. Ob man diese Bewertung der Konfliktparteien teilt, ist in diesem Zusammenhang unerheblich. Kaum jemand war so unredlich, die Opposition gegen die USA nicht als faktische Unterstützung ihrer Gegner zu begreifen. Eine Antikriegsbewegung kann nur dann von sich behaupten, keine Unterstützung der Gegenseite darzustellen, wenn sie sich gegen beide Seiten richtet (wie es etwa die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkrieges versuchte).

Die jüngste Massenmobilisierung gegen den Krieg scheint auf den ersten Blick nicht anders zu sein. Bei näherer Betrachtung ergeben sich jedoch große politische Unterschiede. Der jüngste Widerstand gegen die USA wurde nicht im Namen einer fortschrittlichen Alternative geleistet. Im Gegenteil verteidigte er de facto ein Regime, das in keinsten Weise als progressiv oder potentiell progressiv gelten kann - ein Regime, das weitaus repressiver und brutaler war als beispielsweise die mörderischen Militärregime in Brasilien, Chile und Argentinien in den siebziger und achtziger Jahren.

Damit soll keineswegs gesagt werden, Anhänger fortschrittlicher Veränderung hätten die Bush-Administration und ihren Krieg unterstützen sollen. Allerdings waren die jüngeren Massenmobilisierungen kein Ausdruck einer Bewegung - oder ein Beitrag zu ihrer Entstehung-, die gleichzeitig gegen den Krieg der USA und für eine grundlegende Veränderung im Irak und darüber hinaus im Nahen Osten eingetreten wäre. In den USA wurde kaum politische Aufklärung geleistet, die über die kruden Slogans der Bewegung hinausgegangen wäre. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß auf keiner der Massendemonstrationen fortschrittliche Oppositionelle aus dem Irak gesprochen haben, die eine genauere und kritische Perspektive auf den Nahen Osten bieten können. Darin liegt meines Erachtens ein politisches Versagen der Linken.

Eine Ironie der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß die Linke durch ihre fetischisierte 'antiimperialistische' Position, deren Opposition gegen die USA nichts mehr mit der Befürwortung fortschrittlicher Veränderung zu tun hat, es der neokonservativen Rechten in der Bush-Administration erlaubt hat, die einstige Sprache der Linken zu übernehmen und sogar zu monopolisieren, die Sprache von Demokratie und Befreiung. Natürlich ließe sich argwöhnen, daß die Bush-Regierung vom demokratischen Wandel im Nahen Osten spricht, diesen Wandel aber niemals bewerkstelligen wird. Doch hat allein die Bush-Administration dieses Thema überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt und damit ein grelles Licht auf die Tatsache geworfen, daß die Linke es nicht getan hat.

Während noch vor einer Generation die Opposition gegen die amerikanische Politik ganz bewußt mit der Unterstützung von Befreiungskämpfen einherging, wird diese Opposition heute für per se antihegemonial gehalten. Der Kalte Krieg scheint die Tatsache aus dem Gedächtnis getilgt zu haben, daß der Widerstand gegen eine imperiale Macht nicht notwendigerweise fortschrittlich sein muß, daß es auch faschistische 'Antiimperialismen' gegeben hat. Diese Unterscheidung wurde während des Kalten Krieges unter anderem dadurch verwischt, daß die UdSSR Bündnisse mit autoritären Regimes einging, die mehr mit Faschismus als mit Kommunismus gemein hatten und sogar die Linke in ihren Ländern liquidierten, etwa im Irak. Antiamerikanismus wurde per se zu einem progressiven Code, obwohl es zutiefst

reaktionäre ebenso wie progressive Formen von Antiamerikanismus gegeben hat.

Wieso hat sich die Linke - auch die Teile, die kein affirmatives Verhältnis zur Sowjetunion hatten - in diese Richtung bewegt? Wie konnten sich so viele Progressive in eine Ecke zurückziehen, in der ausschließlich die US-Politik als das entscheidende Thema gilt, ganz gleich auf wessen Verteidigung eine solche Position de facto hinauslaufen würde?

Ich möchte eine Auseinandersetzung mit diesem Problem beginnen, indem ich mich der Frage der politischen Gewalt zuwende. Die Kritiker der heftigen Welle von Wut und Nationalismus, die Amerika nach dem 11. September ergriff, haben häufig auf die verbreitete Wut auf die USA verwiesen, vor allem in arabischen und muslimischen Ländern. Meistens klammerte diese Position jedoch die Frage aus, welche Art von Politik sich im 11. September ausdrückte. Ein solcher Anschlag wurde bezeichnenderweise nicht vor zwanzig oder dreißig Jahren von Gruppen ausgeführt, die allen Grund hatten, auf die USA wütend zu sein - die vietnamesischen Kommunisten zum Beispiel oder die chilenische Linke. Es ist wichtig, das Ausbleiben eines solchen Anschlags nicht als Zufall zu begreifen, sondern als Ausdruck eines politischen Prinzips. Tatsächlich lag ein Anschlag auf Zivilisten jenseits des politischen Horizonts dieser Gruppen.

Die Kategorie der Wut ist unzureichend, um die Gewalt des 11. September zu verstehen. Die Formen von Gewalt müssen politisch interpretiert und nicht gerechtfertigt werden. Zum Beispiel wurde Mitte der achtziger Jahre Druck auf das Zentralkomitee des ANC ausgeübt, eine Terrorkampagne gegen südafrikanische weiße Zivilisten zu starten. Hinter solchen Forderungen stand neben Rachebedürfnissen auch die Überzeugung, die weißen Südafrikaner wären erst dann zur Abschaffung der Apartheid bereit, wenn sie genauso leiden würden wie die schwarzen Südafrikaner. Das Zentralkomitee des ANC verweigerte solchen Forderungen jegliche Unterstützung, nicht nur aus taktischen oder strategischen Gründen, sondern auch aufgrund politischer Prinzipien. Das Argument lautete, daß Emanzipationsbewegungen nicht die Zivilbevölkerung zum Angriffsziel erklären.

Ein grundlegender Unterschied zwischen Bewegungen besteht meines Erachtens darin, ob sie willkürliche Angriffe auf Zivilisten ablehnen

(wie Viet Minh, Vietcong und ANC) oder nicht (wie die IRA, Al Qaida oder die Hamas). Dieser Unterschied ist kein taktischer, sondern ein hochgradig politischer; die Form der Gewalt und die Form der Politik stehen in einem Verhältnis zueinander. Zwischen sozialen Bewegungen für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung und Formen der Gewalt, die zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden - wie etwa die vietnamesische FNL und der ANC - besteht ein innerer Zusammenhang. Umgekehrt bedeutet dies, daß es Bewegungen, die hauptsächlich Zivilisten angreifen, nicht in erster Linie um gesellschaftliche Veränderung geht, wie radikal sie auch erscheinen mögen. Es ließe sich über solche Bewegungen einiges mehr anmerken, doch in der Hauptsache geht es hier um die gegenwärtige Opposition in den Metropolen und ihre Schwierigkeiten, zwischen diesen grundverschiedenen Formen von 'Widerstand' zu unterscheiden.

Die Anschläge vom 11. September 2001 stellen einige Vorstellungen von Gewalt, die in Teilen der Neuen Linken in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren Verbreitung gefunden haben, ebenso grundsätzlich in Frage, wie der August 1968 und schließlich 1989 die Hegemonie des Leninismus in Frage stellten und das Ende einer Entwicklung markierten, die 1917 ihren Anfang genommen hatte.

Im Rückblick läßt sich in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren eine bedeutende politische Verschiebung ausmachen, als die damalige Neue Linke sich von einer lockeren Bewegung, die für gewaltfreien Widerstand und gesellschaftliche Veränderung eintrat, hin zu einer zersplitterten militanten Bewegung entwickelte. Einige dieser Splittergruppen fingen an, den bewaffneten Kampf zu verherrlichen oder sogar selbst Gewalt auszuüben. Im Zusammenhang damit nahm die Unterstützung für Gruppen wie die provisorische IRA und die PFLP zu, die wenig mit den sozialistischen und kommunistischen Bewegungen gemeinsam hatten, von denen die Linke früher geprägt war. In zunehmendem Maße wurde eine Form der Gewalt in den Metropolen propagiert und international unterstützt, die sich grundlegend von jener unterscheidet, die im 20. Jahrhundert in der Linken hegemonial war.

Gewalt wurde nun auf eine Weise bestimmt, die starke Überschneidungen mit Georges Sorels Gewaltbegriff aus dem frühen 20. Jahrhundert aufweist. Seine Abhandlung *Über die Gewalt* (1908) stellt Gewalt als reinigenden Akt der Selbsterschaffung gegen die Dekadenz

der bürgerlichen Gesellschaft dar. Eine ähnliche Vorstellung von der Gewalt als erlösendem Akt der Regeneration, in dem sich politisch das Diktat des reinen Willens ausdrückt, war bekanntlich nur die faschistischen und nazistischen Konzepte der Neuen Ordnung und des Neuen Menschen von zentraler Bedeutung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen einige Linke diese Haltungen, in einigen Fällen vermittelt durch den Existentialismus. Diese Entwicklung vollzog sich vor allem in den späten fünfziger und sechziger Jahren, als sich die Gesellschaftskritik zunehmend auf die technokratischen und bürokratischen Formen von Herrschaft konzentrierte und die Sowjetunion immer stärker als Bestandteil der herrschenden instrumentellen Rationalität gesehen wurde. In diesem Kontext wurde Gewalt als nicht-verdinglichte, reinigende Kraft verstanden, die in Gestalt der Kolonisierten von außen die Fundamente der bestehenden Ordnung angreift.

Hannah Arendt hat eine aufschlußreiche Kritik an den Vorstellungen von Gewalt geleistet, die sich in den Werken von Sorel, Pareto und Frantz Fanon finden. Zu unterscheiden ist ihr zufolge zwischen Positionen wie denen von Sorel und Fanon, die aus einem tiefen Haß auf die bürgerliche Gesellschaft Gewalt als per se emanzipatorisch verherrlichen, und linken Denkern, die aus dem Verlangen nach einer gerechten Gesellschaft auf das Mittel der Gewalt zurückgreifen. Im Sinne Arendts möchte ich kurz darstellen, warum die Verherrlichung der Gewalt nach Art eines Sorel in den späten sechziger Jahren wiederkehrte.

Die späten sechziger Jahre waren ein entscheidender historischer Moment, in dem die Gegenwart in ihrer scheinbaren Unausweichlichkeit grundlegend in Frage gestellt wurde. Im Rückblick zeigt sich, daß in diesem Moment der staatszentrierte Fordismus und sein etatistisches 'realsozialistisches' Pendant an ihre historischen Grenzen stießen. Die Versuche, über diese Grenzen hinauszugelangen, erwiesen sich jedoch als ausgesprochen erfolglos, selbst auf der theoretischen Ebene. Die Auflösung der fordistischen Synthese beflügelte utopische Hoffnungen, doch gleichzeitig wurde das Angriffsziel gesellschaftlicher, politischer und kultureller Unzufriedenheit in unerträglichem Ausmaße unbestimmbar, gerade weil es nun überall zu sein schien. Das Bedürfnis nach Veränderung war vorhanden, der Weg dorthin jedoch höchst ungewiß.

Studenten und Jugendliche wandten sich in dieser Zeit weniger gegen Ausbeutung als gegen Bürokratisierung und Entfremdung. Die klassischen Arbeiterbewegungen schienen nicht nur unfähig, die brennenden Fragen vieler junger Radikaler aufzugreifen, sondern - ebenso wie die 'realsozialistischen' Regime - zutiefst in das verstrickt zu sein, wogegen Studenten und Jugendliche rebellierten.

Angesichts dieser neuen historischen Situation, dieser politischen *terra incognita*, wandten sich viele oppositionelle Bewegungen dem Konkreten und Partikularistischen zu. Beispiele dafür sind konkretistische Formen des Antiimperialismus oder der zunehmende Fokus von Linken, die Kontakte zu osteuropäischen Dissidenten unterhielten, auf konkrete Herrschaftsformen im kommunistischen Ostblock. So unterschiedlich diese Strömungen damals erschienen sein mögen, verdeckten beide das Wesen abstrakter Herrschaft just als das Regime des Kapitals dabei war, noch abstrakter zu werden.

Die Hinwendung zur Soreischen Gewalt war ein Moment dieser Wende zum Konkreten. Die Gewalt, oder die Idee der Gewalt, schien den Strukturen von Bürokratisierung und Entfremdung zuwider zu laufen. Im Angesicht von Entfremdung und bürokratischer Erstarrung hielt man Gewalt für schöpferisch und die militante Aktion per se für revolutionär. Obwohl Gewalt dabei mit politischem Willen assoziiert wurde, würde ich mit Arendt argumentieren, daß die Verherrlichung der Gewalt in den späten sechziger Jahren sich gerade aus einer starken Frustration über die eingeschränkte Handlungsfähigkeit in der modernen Welt speiste. In einer historischen Situation gesteigerter Ohnmacht drückte Gewalt die Wut über die Ohnmacht aus und förderte gleichzeitig die Verdrängung dieser Ohnmachtsgefühle. Sie wurde nicht mehr als Mittel der Veränderung verstanden, sondern als Akt der Selbstkonstitution als Außenstehender, als Anderer. Die Idee grundlegender Veränderung wurde ausgeklammert und durch die ambivalenteren Vorstellungen von Widerstand und widerständischem Subjekt ersetzt.

Die Kategorie des Widerstands besagt jedoch wenig über die bestimmten Formen von Kritik, Rebellion und 'Revolution'. Widerstand ist eine undialektische Kategorie, mit der sich keine Dynamik - und somit keine dialektische Wirklichkeit - fassen läßt und die mit einer Vorstellung von Gewalt zusammenhängt, die wichtige Unterschei-

dungen zwischen politisch vollkommen verschiedenen Formen von Gewalt verwischt.

Bei der beschriebenen Wende zum Konkreten im Angesicht abstrakter Herrschaft handelt es sich selbstverständlich um eine Form der Verdinglichung. Zwei der verschiedenen Spielarten dieser Verdinglichung, die in den letzten 150 Jahren eine beachtliche Kraft entwickelt haben, sind die Identifikation des globalen Kapitals mit der britischen und später amerikanischen Hegemonie und seine Personifizierung in den Juden. Diese Wende zum Konkreten hat, zusammen mit einer stark von den Dualismen des Kalten Krieges geprägten Weltsicht (selbst unter Linken, die der Sowjetunion kritisch gegenüber standen), zur Konstitution eines Bezugsrahmens beigetragen, in dem sich auch die jüngeren Massenmobilisierungen gegen den Krieg bewegt haben. Innerhalb dieses Bezugsrahmens verweist der Widerstand gegen eine Weltmacht nicht einmal implizit auf den Wunsch nach emanzipatorischer Veränderung, erst recht nicht im Nahen Osten. Dieses verdinglichte Verständnis endet schließlich in der stillschweigenden Unterstützung von Bewegungen und Regimes, die weitaus mehr mit früheren reaktionären und selbst faschistischen Formen von Rebellion gemein haben als mit irgend etwas, das man fortschrittlich nennen könnte.

Ich habe eine Sackgasse der heutigen Linken beschrieben und versucht, sie zu einer Form verdinglichten Denkens und Empfindens ins Verhältnis zu setzen, in der sich der beginnende Zerfall der fordistischen Synthese in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren ausdrückte. Meiner Ansicht nach zeugt diese Sackgasse von einer Krise der Linken, die vielschichtige Gründe hat - die Erkenntnis, daß die industrielle Arbeiterklasse kein revolutionäres Subjekt ist oder sein wird, das Ende der staatszentrierten Ordnung, mit der der Staat nicht länger entscheidender Adressat gesellschaftlicher Veränderung ist, und der Übergang von einer internationalen in eine supranationale Weltordnung. Diese Verdinglichung hat einen weiteren Aspekt, den ich kurz skizzieren möchte. Selbstverständlich wurde der neoliberale globale Kapitalismus von mehreren aufeinanderfolgenden amerikanischen Regierungen vorangetrieben. Die neoliberale Weltordnung gänzlich mit den USA in eins zu setzen, wäre jedoch in politischer wie theoretischer Hinsicht ein Fehler. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert forderte eine wachsende Zahl von Nationalstaaten, vor allem Deutschland,

die hegemoniale Rolle Großbritanniens und der liberalen Weltordnung heraus. Diese Rivalitäten, die in zwei Weltkriegen kulminierten, bezeichnete man damals als imperialistische Rivalitäten. Möglicherweise erleben wir heute die Anfänge einer Rückkehr zu einer Ära imperialistischer Rivalität auf einer neuen und erweiterten Stufe. Einer der entstehenden Spannungsherde ist das Verhältnis zwischen den atlantischen Mächten und einem um die französisch-deutsche Allianz gruppierten Europa.

Der Krieg im Irak kann teilweise als Eröffnungssalve in dieser Rivalität gesehen werden. Während die Deutschen vor einem Jahrhundert das britische Empire mit der Berlin-Bagdad-Bahn herausfordern wollten, war das irakische Baath-Regime zuletzt auf dem Weg, ein *dient state* der deutsch-französischen Achse zu werden. Es ist bezeichnend, daß Saddam Husseins Irak seit 2000 als erster Staat den Verkauf von Öl nicht mehr in Dollar, sondern in Euro abwickelte. Dieser Schritt war natürlich eine Herausforderung an die Stellung des Dollars als weltweite Leitwährung. Die Frage ist nicht, ob der Euro-Block eine progressive oder regressive Alternative zu den USA darstellt. Vielmehr geht es darum, daß diese Maßnahme (und die amerikanische Reaktion darauf) den Auftakt zu einer innerkapitalistischen Rivalität im globalen Maßstab darstellt. Gegenwärtig verändert sich die Bedeutung 'Europas'. Es wird nun als möglicher Gegenhegemon zu den USA konstruiert.

Was immer man gegen die gegenwärtige amerikanische Administration einwenden mag - und es lassen sich bei einer ganzen Bandbreite von Fragen schwerwiegende Einwände gegen sie formulieren -, die Linke sollte äußerst vorsichtig sein, nicht unfreiwillig zum Strohmann eines rivalisierenden potentiellen Gegenhegemons zu werden. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges schien es dem deutschen Generalstab richtig zu sein, nicht nur gegen Frankreich und England Krieg zu führen, sondern auch gegen Rußland. Weil Rußland die reaktionärste und autokratischste europäische Großmacht sei, könne man den Krieg als einen der mitteleuropäischen Kultur gegen die finstere Barbarei Rußlands darstellen und ihm auf diesem Wege die sozialdemokratische Unterstützung sichern. Diese politische Strategie ging auf - und endete in einer Katastrophe. Wir sind weit entfernt von einer Vorkriegssituation. Dennoch sollte die Linke nicht den gleichen Fehler

begehen, einen aufsteigenden Gegenhegemon zu unterstützen, um die Zivilisation gegen ihre Bedrohung durch eine reaktionäre Macht zu verteidigen.

Es ist sicherlich nicht einfach, das globale Kapital zu begreifen und ihm entgegenzutreten - in jedem Fall ist es von entscheidender Bedeutung, einen Internationalismus wiederherzustellen und neu zu formulieren, der ohne jeden Dualismus auskommt. Wer am verdinglichten Dualismus des Kalten Krieges festhält, läuft Gefahr, eine Politik zu treiben, die vom Standpunkt menschlicher Emanzipation, vom Standpunkt des 'Kommunismus' aus, bestenfalls fragwürdig wäre, wie viele Menschen sie auch ansprechen mag.

2003